

Ein Gesetz das israelische Siedlungsgüter verbietet, rückt seiner Verabschiedung einen Schritt näher

Maire O'Halloran, irishtimes.com, 28.11.18

Ein Gesetzesvorhaben über das Verbot der Einfuhr israelischer Waren, die in Siedlungen in den palästinensischen Gebieten hergestellt werden, ist im Senat in Irland einen Schritt weiter gekommen.

Senatoren unterstützten die Ausschussphase des umstrittenen Gesetzes zur „Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit (Besetzte Gebiete)“ während einer etwas mehr als eine Stunde dauernden Debatte.

Der Entwurf macht den Kauf von Waren und Dienstleistungen aus israelischen Siedlungen, die von Irland und der EU als illegal verurteilt wurden, zu einem Vergehen

Damit hat die Opposition eine Abstimmung über den Gesetzesinhalt gewonnen. Sie wurde von [den Parteien] Fianna Fáil, Sinn Féin, Labour und den Grünen unterstützt, aber von Fine Gael abgelehnt.

Der Entwurf, der von der unabhängigen Senatorin Frances Black eingebracht wurde, macht den Kauf von Waren und Dienstleistungen aus israelischen Siedlungen, die von Irland und der EU als illegal verurteilt wurden, zu einem Vergehen.

Der amtierende Sitzungspräsident Paul Coghlan rief zu Ordnung auf, als palästinensische Vertreter und Unterstützer applaudierten, als der Gesetzesentwurf die letzte Stufe im Oberhaus durchlief. Die Schlussphase des Gesetzes wurde nicht durchgeführt, da sie nicht auf der Tagesordnung stand.

Black betonte, dass das Gesetz „keinen Staat herauspicke“. Nirgendwo in dem Gesetzesentwurf wird ein einzelner Staat erwähnt. „Stattdessen verlassen wir uns auf die klaren Entscheidungen der internationalen Gerichte als anerkannte Vertreter des internationalen Rechts“. Weiterhin fügte sie hinzu, dass es Möglichkeiten beinhalte, andere Gebiete auf der Grundlage internationaler Gerichtsurteile einzubeziehen.

Fine Gael Senator Joe O'Reilly sagte, dass die Regierung zu den Grenzen vor dem Sechstagekrieg zurückkehren wolle, bevor die Gebiete von Israel besetzt wurden, und, dass die 2017/18 beschleunigte Besatzungsaktivität aufhören müsse. Er erklärte, dass die Regierung „in keiner Weise die Besatzung dieser Gebiete unterstützt“.

Weiterhin fügte er hinzu, dass Außenminister Simon Coveney dem Ziel der Gesetzgebung zustimme, aber es um die Frage ginge, wie man die gleichen Ziele erreiche. Das Gesetz würde etwas von der Regierung verlangen, das „nicht in ihrer Macht stehe“.

Waren aus israelischen Siedlungen könnten nur auf EU-Ebene und nicht von einzelnen Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden. Es würde den Staat dem Risiko aussetzen, dass jemand, der behauptet, von dem Gesetz betroffen zu sein, gerichtlich dagegen vorgehen würde.

Senator Neale Richmond von Fine Gael fragte, ob das Gesetz wasserdicht genug sei, sodass die Regierung bei der Auslegung eines besetzten Territoriums standhalten könne. „Das gestern besetzte Gebiet könnte eine befreite Nation werden. Die befreite Nation von morgen könnte ein besetztes Gebiet sein.“

Senator Niall Ó Donnghaile von Sinn Féin sagte, dass es nicht darum ginge ein bestimmtes Land herauszugreifen, „sondern die Verstöße gegen das Völkerrecht eindeutig zu identifizieren“.

Fianna Fáils vor kurzem ernannter Seanad-Außenminister Ned O'Sullivan, dessen Partei das Gesetz unterstützt, sagte, sie seien sich „sehr bewusst, welches Unrecht beide Seiten begangen haben“ im israelisch-palästinensischen Konflikt.

O'Sullivan fügte hinzu, dass „es sicherlich nicht unsere Absicht ist, Israel, oder seine Verbündeten vor den Kopf zu stoßen. Wir unterstützen das Recht Israels auf Selbstbestimmung.“ **Es sei die Politik seiner Partei, dass auch das palästinensische Volk das Recht auf Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat in Palästina habe. Doch der kontinuierliche Ausbau illegaler Siedlungen auf palästinensischem Gebiet und die immer schlechter werdende humanitäre Situation im Gazastreifen und im Westjordanland dürften nicht weitergehen.**

Israel verurteilte den Gesetzentwurf vorab und seine Botschaft in Dublin bezeichnete ihn als „populistische, gefährliche und extremistische anti-israelische Boykottinitiative“, die die Chancen auf einen Dialog zwischen Israel und Palästina beeinträchtigen würde.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

irishtimes.com/news/politics/oireachtas/bill-banning-israeli-settlement-goods-moves-a-step-closer-to-passing-1.3713766